

BERLINER RUNDSCHAU

Auf dem Weg
zur **rot-roten**
Einheitsschule



**Berliner
Christdemokraten**

kämpfen gegen rot-rotes
Schulgesetz

Seite 2



**CDU-Chef
Frank Henkel**

Berliner Schulen vor
ungewisser Zukunft

Seite 3



**Generalsekretär
Bernd Krömer**

S-Bahn-Chaos und Wo-
woreits Verantwortung

Seite 4

CDU-Fraktion legt umfassenden Änderungsantrag zum Schulgesetz vor

Mit einem umfassenden Änderungsantrag zum Schulgesetz legt die CDU-Fraktion eine Alternative zum Schulstrukturentwurf von SPD und Linke vor. Im Gegensatz zur rot-roten Koalition, für die offenbar die Schulgebäude im Mittelpunkt stehen, richtet der CDU-Antrag seinen Fokus auf den einzelnen Schüler und seine Fähigkeiten und Möglichkeiten.



Die CDU Berlin kämpft gegen den rot-roten Angriff auf die Gymnasien

Die wichtigsten Punkte des Änderungsantrags der CDU-Fraktion:

- Eine Unterrichtsgarantie für alle Schüler gemäß ihres Stundenplanes
- Einrichtung von Bildungsgängen, zwischen denen die Schüler frei wählen können, um ihre Talente zu entfalten
- Keine Schülerlotterie, sondern ein leistungsabhängiges Aufnahmeverfahren an den Gymnasien
- Keine Schule ohne Hausmeister und Schulsekretärinnen
- Deutschtest vor Schuleintritt, bei Nichtbestehen Pflicht zum Besuch einer Sprachförderklasse
- Abschaffung der Bedarfsprüfung für Hortplätze
- Vereinfachung der Einschulungs-Rückstellungen bei gleichzeitiger Förderung
- Einführung der Wahlfreiheit zwischen Ethik- und Religionsunterricht
- Verknüpfung von Schule und Betrieb bereits ab der 8. Klasse, 100 zusätzliche Lehrer für diese Praxisklassen
- Aufheben des Zwangs zum Jahrgangsübergreifenden Lernen in der Grundschule
- Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit
- Finanzielle Absicherung der Schulen in freier Trägerschaft durch ein neues Berechnungsmodell
- Stärkere Einbindung der Eltern in Bildung und Erziehung sowie eine bessere Information der Eltern
- Neben den Zeugnissen auch Zertifikate zum berufspraktischen Können
- Verbindliche Kooperationsbeziehungen von der vor schulischen bis zur beruflichen Bildung
- Stärkung der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe am Standort Schule



Förderung von individuellen Fähigkeiten statt Gleichmacherei, Leistungsanreize statt Schülerlotterie – mit ihrem „Masterplan Bildung“ setzt die Berliner CDU auf Qualität und durchdachte Konzepte statt wie Rot-Rot Schüler, Eltern und Lehrer mit immer neuen Bildungsexperimenten zu verunsichern.

- Im Mittelpunkt des „Masterplan Bildung“ steht der einzelne Schüler mit seinen individuellen Neigungen und Fähigkeiten

- In eigenständig organisierten, kooperierenden Bildungsgängen sollen die Talente der Schüler bei größter Durchlässigkeit bestmöglich gefördert werden, um optimale Aufstiegs-Chancen für alle zu gewährleisten

- Die Schwerpunkte liegen auf der vorschulischen Erziehung und der praktischen Talentförderung sowie auf einem vielfältigen Bildungsangebot mit unterschiedlichen Leistungsanreizen

- Die Gymnasien sollen erhalten und gestärkt werden

Nähere Informationen unter: www.cduberlin.de

„Den Schulen bleibt zu wenig Zeit für eine seriöse Vorbereitung“

Mitte Januar beschlossen, zum Schuljahr 2010/2011 tritt sie bereits in Kraft – im Hauruck-Verfahren hat die rot-rote Koalition die Schulstrukturreform durchgezogen.

Den Berliner Schulen bleibt nur ein halbes Jahr, um sich auf eine der grundlegendsten und weitreichendsten Veränderungen in der Berliner Bildungslandschaft einzustellen. „Das ist viel zu wenig Zeit für eine seriöse Vorbereitung“, kritisiert Katrin Schultze-Berndt (CDU), Stadträtin für Schule, Bildung und Kultur im Bezirk Reinickendorf. „Man hätte den Schulen die Gelegenheit geben müssen, sich inhaltlich auf die Reform vorzubereiten, Konzepte zu entwickeln, wie sie ihre Lernangebote für Schüler mit künftig ganz unterschiedlicher Leistungsfähigkeit erweitern“, so Schultze-Berndt. Sascha Steuer, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, sieht es ebenso: „Vor allem fehlt es an einem pädagogischen Konzept für die schwächeren Schüler“, beanstandet Steuer, „was die Kinder brauchen, ist individuelle Förderung und kein ideenloses Nebeneinandersetzen“. Auch was die Ausstattung betrifft, lässt Rot-Rot Schulen und Schüler im Regen stehen. „Der Senat erklärt Sekundarschulen zu Ganztagschulen. Die Räume dafür herzurichten, kostet viel Geld. Doch den Bezirken werden keine eigenen Mittel für den Ausbau des Ganztagsbetriebs zur Verfügung gestellt“, führt Bildungsstadträtin Schultze-Berndt an, „Der Senat verordnet neue Strukturen, aber er bezahlt nicht für das, was er verspricht“. „Wenn die Reform klappen soll, brauchen die Schulen genug Lehrer, Hausmeister, Sekretärinnen und Schulbücher“, erklärt Sascha Steuer. Er ist überzeugt: „Das Zusammenlegen der Schulen allein wird den Mangel nicht beseitigen“.



Rot-Rot hat am 14. Januar 2010 einen weitreichenden Umbau der Schulstrukturen beschlossen, wonach Haupt-, Real- und Gesamtschulen zur neuen Sekundarschule zusammengelegt werden.

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel, erklärte nach der Entscheidung, ein Umbau der Schulstrukturen allein werde die Probleme an den Berliner Schulen nicht beheben. Bildungssenator Zöllner habe noch immer kein pädagogisches Konzept vorgelegt, das sicherstelle, dass bei einer Zusammenlegung jedes Kind individuell gefördert werde. Stattdessen würden Schüler ideenlos nebeneinandergesetzt, so Henkel. Zudem mache die leistungsfeindliche Schülerlotterie künftig Bildungschancen zur Glücksache.

Henkel kritisierte, dass die Koalition während des gesamten Verfahrens auf Konfrontation gesetzt und eine Verunsicherung von Schülern, Eltern und Lehrern in Kauf genommen habe. Im Vorfeld habe durchaus Einigkeit darüber bestanden, dass es mit der Hauptschule in der bestehenden Form nicht weitergehen konnte. Der CDU-Chef betonte in diesem Zusammenhang, dass die Berliner Union bereits im Januar 2009 einen eigenen Entwurf für ein neues Schulgesetz vorgelegt habe, das auf durchlässige Bildungsgänge setze, zwischen denen jeder Schüler innerhalb einer kooperativen Oberschule freiwillig wählen und wechseln könne. Dies eröffne jedem Schüler Bildungs- und Aufstiegschancen. Zudem hatte der CDU-Politiker die Durchführung eines Bildungsgipfels vorgeschlagen, um eine Lösung zu erarbeiten, die von einer breiten parlamentarischen und gesellschaftlichen Mehrheit getragen werde. Der Senat habe dies jedoch bedauerlicherweise abgelehnt, so Henkel.

Berliner Schulsystem vor ungewisser Zukunft



Berlins CDU-Chef zeigte sich zudem besorgt über die Zukunft der Gymnasien. Der Linken-Bildungspolitiker Zillich hatte vor wenigen Tagen noch einmal betont, dass die rot-rote Reform „ein Schritt hin zu der unserer Meinung nach notwendigen Schule für alle“ sei. Damit bekräftigte er die Linie, die bereits Ex-Fraktionsvorsitzende Carola Bluhm (Linke) im Dezember 2008 ausgegeben hatte. In einem Interview mit der „Berliner Zeitung“ erklärte Bluhm damals, es sei eine richtige Entscheidung, „dass wir erst einmal das gegliederte Schulsystem eindampfen.“ Aber das sei nur der erste Schritt - die Zweigliedrigkeit könne nur eine „Übergangssituation“ sein.

Henkel: „Die Äußerungen belegen eindeutig, dass die Gymnasien weiterhin akut gefährdet sind. Die gerade beschlossene Schulstrukturreform wird nicht das letzte Wort sein. Die Linke holt bereits zum nächsten Schlag aus und stellt unverhohlen das Gymnasium in Frage. Die CDU wird sich diesem Vorhaben mit aller Vehemenz entgegenstellen.“



Nun aber zügig

Das ist Tempo. Nur ein Jahr S-Bahn-Chaos und ein ausgedehnter Weihnachtsurlaub waren nötig, den Regierenden Bürgermeister zu einer Äußerung zum Thema zu bewegen.

Wenn das Ganze nicht so ärgerlich für die Berlinerinnen und Berliner wäre, könnte man weitere Hähme über das Desinteresse des „Regierenden“ an der Stadt verbreiten. Aber das Thema nervt und schadet Berlin. Natürlich ist Wowereit nicht der Chef der S-Bahn und seine überforderte und politisch angeschlagene Senatorin Junge-Reyer arbeitet auch nicht bei der Deutschen Bahn. Aber sie nehmen ihre politische Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die völlig unhaltbaren Zustände beendet werden, nicht wahr. Offenbar hat der rot-rote Senat 2004 einen Vertrag ausgehandelt, bei dem er kräftig über den Tisch gezogen worden ist. Die jetzige Diskussion über eine Kündigung und einen neuen Vertrag ist richtig, aber dieser aktuelle Vertrag läuft noch viele Jahre. Der Senat muss handeln, um den jetzigen Zustand schnell zu beenden. Dann muss endlich politischer Druck auf die Bahn ausgeübt werden. Neue Wartungsverträge, Entschädigungen für die Fahrgäste und schnell wieder mehr Züge auf die Schiene ist das Gebot der Stunde. Und was tut der Senat mit den einbehaltenen 37 Millionen für die Nichtleistung der Bahn? Jedenfalls darf das Geld nicht für das Stopfen von Haushaltslöchern verwandt werden. Die Berlinerinnen und Berliner erwarten Antworten – und zwar zügig.

ROT-ROT VERSAGT ERNEUT – WLAN-PROJEKT GESCHEITERT

Seit 2006 wird das Pilotprojekt „Freies WLAN für die Berliner Innenstadt“ intensiv diskutiert. Nach wiederholten Verzögerungen durch den Senat ist das Projekt nun endgültig gescheitert. „Rot-Rot hat Berlin damit bis auf die Knochen blamiert“, kritisiert die Berliner CDU.

nur noch als Armutszeugnis des rot-roten Senats bezeichnen. Wowereits Truppe hat Berlin – nach unzähligen Fehlentscheidungen oder großspurigen Worten ohne folgende Taten – erneut bis auf die Knochen blamiert“. Diese Koalition habe schon lange keinen Kompass mehr, zukunftsweisende Konzepte zur Entwicklung der Stadt vor-



In anderen Weltmetropolen wie Madrid, Paris und London wird es bald Wirklichkeit, in Hamburg und im Ruhrgebiet gibt es bereits konkrete Pläne – ein kostenloses, flächendeckendes WLAN-Netz in der Innenstadt. Nur Berlin hat – mal wieder – den Anschluss verloren. Nach jahrelangen erfolglosen Diskussionen hat der rot-rote Senat das Pilotprojekt „Freies WLAN für die Berliner Innenstadt“ nun endgültig aufgegeben. „Der Regierende Bürgermeister Wowereit und sein Wirtschaftssenator Wolf sind wieder einmal kläglich gescheitert“, erklärt der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel, „damit verzichtet unsere Stadt erneut auf einen wichtigen Standortvorteil“. Auch der Verwaltungsexperte der CDU-Fraktion, Andreas Statzkowski, sieht in der Abkehr des Senats vom WLAN-Projekt einen erheblichen Schaden für Berlin: „Das kann man

zulegen, kritisiert Statzkowski, man denke nur an den unerträglichen Umgang mit den Investitionsprojekten Flughafen Tempelhof, Mediaspree und A100-Ausbau. Außerdem habe Rot-Rot in den vergangenen Jahren wirklich keine Gelegenheit ausgelassen, Investoren aus dem In- und Ausland in bornierter Weise vor den Kopf zu stoßen, so der CDU-Verwaltungsexperte. „An diese Inkompetenz seitens der Senatsmannschaft hat man sich leider schon gewöhnt“, erklärt CDU-Chef Henkel. Schlimm sei allerdings, dass jede Fehlentscheidung bei oder Unterlassung von wichtigen Projekten die positive Entwicklung unserer Stadt bremse, wenn nicht gar zum Stillstand oder Rückschritt führe.

„Dieser Senat, der nicht müde wird, Berlin zur Hochburg der Kreativen auszurufen und diese anzulocken, hat sich selbst offline gestellt“, so Henkel abschließend.

INFO-
COUPON

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ

Telefon

eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

CDU Berlin • Wallstraße 14A • 10179 Berlin
Tel.: 030.32 69 04 - 0 • Fax: 030.32 69 04 - 44 • cduberlin@cduberlin.de

Mitmachen.

CDU